

**L30****Abteilung 2 Alexanderplatz****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Zuckersteuer auf Lebensmittel**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mit-  
2 glieder der Berliner Landesregierung und die  
3 Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordne-  
4 tenhaus auf, eine Initiative zur Einführung ei-  
5 ner Zuckersteuer auf Lebensmittel im Bun-  
6 desrat zu unterstützen.

7

**8 Begründung**

9 Weniger Zucker in Lebensmitteln ist wichtig,  
10 um Krankheiten vorzubeugen und die Ver-  
11 haltensprävention zu fördern. Die ASG Ber-  
12 lin unterstützt diesen Ansatz seit Jahren. Die  
13 in Deutschland seit 2015 geltende Selbstver-  
14 pflichtung der Industrie, den Zuckeranteil in  
15 Lebensmitteln, um bis zu 15 Prozent zu sen-  
16 ken, war nicht erfolgreich und auch zu keinem  
17 Zeitpunkt erfolgsversprechend. In Deutsch-  
18 land sind ca. 67 % der Männer und ca. 53 % der  
19 Frauen übergewichtig, 23 % der Männer und  
20 24 % der Frauen sind sogar stark übergewich-  
21 tig. Bezüglich Kindern und Jugendlichen zei-  
22 gen Daten der letzten Jahre, dass mindestens  
23 10 % der Kinder in Deutschland übergewich-  
24 tig sind und ca. 6 Prozent sogar eine schwe-  
25 re Adipositas haben. Gerade bei den Kindern  
26 kann nicht auf einen freiwilligen Verzicht zu-  
27 ckerhaltiger Getränke gesetzt werden, da die  
28 Nahrungsmittelindustrie mit der verlocken-  
29 den Werbung und Irreführungen hier ganz  
30 klar nur profitorientiert agiert. Eine gestaf-  
31 felte Zuckersteuer hat z.B. in Großbritannien  
32 zur signifikanten Senkung des Zuckeranteils  
33 in Softdrinks geführt. Sie beträgt dort der-  
34 zeit 18 Pence je Liter, ab einem Zuckergehalt  
35 von 5 Gramm pro 100 Milliliter. Ab 8 Gramm  
36 Zucker pro 100 Milliliter werden 24 Pence je  
37 Liter erhoben. Nach Ankündigung der Steu-  
38 er reduzierte sich der Zuckerkonsum durch  
39 Softdrinks bei Kindern um etwa die Hälfte,  
40 bei Erwachsenen um ein Drittel. In der Fol-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Kein Konsens)**

Wir fordern die sozialdemokratischen Mit-  
glieder der Berliner Landesregierung und die  
Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordne-  
tenhaus auf, eine Initiative zur Einführung ei-  
ner Zuckersteuer auf Lebensmittel im Bun-  
desrat zu unterstützen **und die Einnahmen  
aus der Steuer zweckgebunden für gesund-  
heitsfördernde Maßnahmen zu verwenden.**

41 ge ging der Anteil von Adipositas bei Kindern  
42 zurück. Auf der Verbraucherschutzminister-  
43 konferenz hat im Juli 2024 eine Mehrheit der  
44 Bundesländer gefordert, die Einführung ei-  
45 ner solchen Steuer zu prüfen. Hier sollte sich  
46 auch das Land Berlin anschließen. In der Ver-  
47 gangenheit haben sich u. a. auch der Be-  
48 rufsverband der Kinder- und Jugendärzte und  
49 die Deutsche Diabetes Gesellschaft für eine  
50 Zuckersteuer ausgesprochen. Die Deutsche  
51 Adipositas-Gesellschaft (DAG), die Deutsche  
52 Diabetes Gesellschaft (DDG) und die Deut-  
53 sche Gesellschaft für Ernährung (DGE) emp-  
54 fehlen eine maximale Zufuhr von 50 Gramm  
55 freien Zuckern pro Tag, was maximal 10 Pro-  
56 zent der täglichen Gesamtenergiezufuhr von  
57 2000 kcal entspricht.